

man in der halboffiziellen Zusammenarbeit mit der saarländischen Landesregierung eine Chance zur Durchsetzung – insbesondere wirtschaftlicher – bundesdeutscher Interessen sah. Dabei hegte man anfangs sogar noch die Hoffnung, durch eine entsprechend vorsichtige Vorgehensweise Hoffmann „auf die deutsche Seite ziehen“ zu können.

Die innenpolitische Durchsetzung der Pariser Saar-Vereinbarung, die der Bundeskanzler für sich persönlich zur obersten Priorität erklärt hatte, gestaltete sich dementsprechend schwierig. Bereits die Zeitgenossen sahen den letztlichen Erfolg Adenauers als Nachweis seiner besonderen taktischen Fähigkeiten an. Dabei wird sein Vorgehen einmal als „machiavellistisches“ Taktieren, ein anderes mal als politisches „Meisterstück“ bewertet. Tatsächlich ermöglichte vor allem eine Verschiebung der Prioritäten in der Saarpolitik diesen Erfolg. Adenauer distanzierte sich scharf von der Regierung Hoffmann und erklärte deren Absetzung nach freien Wahlen zum Kernpunkt des saarpolitischen Konzepts der Bundesrepublik. Gleichzeitig betonte er den provisorischen Charakter, den das europäische Statut auch nach seiner Annahme im Hinblick auf einen späteren Friedensvertrag haben würde, und konnte damit zumindest seine Kritiker in der eigenen Partei und innerhalb der Bundesregierung auf Distanz halten. So sollte sich selbst Jakob Kaiser nicht zu einer förmlichen Ablehnung der Pariser Verträge durchringen.

In der Praxis trat die politische Widersprüchlichkeit der Saarpolitik jedoch deutlich hervor. Jakob Kaisers Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen leistete den Kritikern des Statuts im Saarland umfangreiche politische, finanzielle und logistische Hilfe und verletzte damit die Pariser Verträge unter den Augen der Bundesregierung und der Öffentlichkeit.<sup>36</sup> Der Bundeskanzler dagegen wiederholte mehrfach seine Treue zu den Vertragsbestimmungen sowie zum europäischen Statut und warb sowohl öffentlich als auch intern für dessen Annahme. In seiner großen Rede vor dem Parteitag der CDU in Bochum formulierte Adenauer diesen Standpunkt noch im September 1955 – um freilich gleichzeitig und in aller Deutlichkeit die Ablösung der Regierung Hoffmann zu fordern.

In der öffentlichen Wahrnehmung konzentrierte sich die Diskussion über die Ambivalenz der bundesdeutschen Saarpolitik sehr bald auf die Frage nach dem „eigentlichen“ Willen des Kanzlers. Für beide Seiten der in den Abstimmungskampf involvierten saarländischen Parteien kam es darauf an, den Bundeskanzler als wichtige Autoritätsperson für die eigene Position zu vereinnahmen. Galt sein Bekenntnis zum Statut als ernstgemeinte Wahlempfehlung für die deutsch eingestellten Saarländer? Oder war seine Zustimmung lediglich taktischen und außenpolitischen Motiven geschuldet, während sein „eigentlicher“ Wille in den scharfen Attacken gegen die Regierung Hoffmann und gegen den teilautonomen Saarstaat zum Ausdruck kam? Schließlich ließ Adenauer seinen Bundesminister für Gesamt-

---

<sup>36</sup> Vgl. Quelle Nr. 82.